



Nachrichten aus Brüssel

Gesundheitspolitische Strategie

Mit einem Reflexionspapier „Gesundheit für alle ermöglichen“ will der scheidende Gesundheitskommissar *David Byrne* eine Diskussion über die künftige gesundheitspolitische EU-Strategie einleiten. Dabei geht Byrne davon aus, daß der Gesundheitssektor ein Schlüsselfaktor für Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung ist. Der Kommissar plädiert für einen Politikwechsel: weg von der Fokussierung auf die Behandlung einer Krankheit, hin zu einer Politik der langfristigen Investitionen in Prävention zur Einsparung zukünftiger Behandlungskosten. Weiterhin sei es Aufgabe der EU, Synergien durch Schaffung von Kompetenzzentren (auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene) im Bereich Gesundheit zu fördern, gesundheitliche Erwägungen in alle Bereiche der EU-Politik einzubeziehen und die Bürger sowie die Akteure im Gesundheitswesen zu informieren. ■

Neue Kommission vorgestellt

Der designierte Präsident der Europäischen Kommission *José Manuel Barroso* hat bei der Vorstellung der Zuständigkeitsbereiche für die weiteren 24 Kommissare darauf hingewiesen, daß alle Kommissare die gleichen Befugnisse haben und es somit keine Superkommissare gibt. Die Kommission, deren fünfjährige Amtszeit am 1. November 2004 beginnt, muß noch vom Europäischen Parlament bestätigt werden (Plenartagung vom 25. bis 28. Oktober 2004). Zur Vorbereitung der EP-Entscheidung finden Anhörungen der einzelnen Kommissare vor den zuständigen EP-Ausschüssen in der Zeit vom 27. September bis 7. Oktober 2004 statt.

Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz soll der Zypriote *Markos Kyprianou* werden. Der Jurist hat in großen Anwaltskanzleien gearbeitet, war Parlamentsabgeordneter und Finanzminister im griechischen Teil Zyperns. Seit 1. Mai 2004 ist er Mitglied der Europäischen Kommission und arbeitet mit Haushaltskommissarin *Michaele Schreyer* zusammen. Der designierte Sozialkommissar

Vladimir Spidla – zuständig u. a. für Fragen der sozialen Sicherheit – war zuletzt tschechischer Ministerpräsident. Der irische Finanzminister *Charly McCreevy* soll das Ressort Binnenmarkt erhalten und wird damit unter anderem für die für Ärzte bedeutende Frage der Dienstleistungsfreiheit (Dienstleistungsrichtlinie) zuständig sein.

Den deutschen Kommissar *Günter Verheugen* – bisher zuständig für Erweiterungsfragen – beabsichtigt Barroso zum Vizepräsidenten zu ernennen mit Zuständigkeit für Unternehmen und Industrie. In den Zuständigkeitsbereich von Verheugen soll zum einen die Europäische Arzneimittelagentur fallen sowie die Warenverkehrsfreiheit (grenzüberschreitender Handel mit Arzneimitteln). Ferner soll Verheugen in der Kommission Fragen der Wettbewerbsfähigkeit koordinieren. (In die neue Kommission entsendet Deutschland, wie jeder andere Mitgliedstaat, nur noch ein Mitglied.) ■

Kommissionsklage gegen Deutschland wegen Arzneimitteln

Die deutsche Regelung, daß Krankenhäuser Medikamente nur bei Apotheken kaufen können, die im selben Bezirk oder in einem Nachbarbezirk liegen, verstößt nach Auffassung der Europäischen Kommission gegen die Warenverkehrsfreiheit in der EU. Zudem sei die Medikamentenbeschaffung eines Krankenhauses an die Bedingung geknüpft, daß ein Apotheker, der ebenfalls in einem bestimmten Umkreis niedergelassen sein muß, eine Kontroll- und Beratungsfunktion wahrnimmt.

Das Argument der Bundesregierung, dies sei aus Gründen der Arzneimittelsicherheit und des Gesundheitsschutzes notwendig, überzeugt die Kommission nicht. Es stelle sich die Frage, warum dies nur durch einen örtlichen Apotheker sichergestellt werden könne. Die Kommission hat vor dem Europäischen Gerichtshof deshalb Klage erhoben. ■

Friedrich von Heusinger,
Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel